

Es gibt alle Akteure wie in ganz Deutschland, wobei zwangsläufig die junge Studentengeneration einen Blick in die demographische Zukunft werfen lässt. Die beteiligten Parteien tragen unter dem Mantel der Religion einen schleichenden ethnischen Konflikt aus, und in Essen lässt sich folgendes Verhalten dabei beobachten.

1. Die strenggläubigeren Muslime halten sich nicht an die Spielregeln der toleranten Gesellschaft (Uni), die ihnen den Raum bietet, sich zu entfalten. Je zahlreicher sie werden, desto fordernder treten sie auf, und sind dabei bestrebt, auch andere ihren Vorstellungen von Miteinander zu unterwerfen.

2. Die "moderaten" Muslime akzeptieren die Dominanz dieser Gruppe und fügen sich in die geforderte Ordnung, wie in den Ländern des vorderen Orient auch. Ihnen stehen die Ideen der Glaubensbrüder immer noch näher als die Voltaires oder Rosa Luxemburgs.

3. Die umerzogene Urbevölkerung (Studenten ohne Migrationshintergrund) ist in Lähmung erstarrt und gespalten. Entweder sie verschließt die Augen, oder ist durch dogmatische Toleranzkultur unfähig das Problem zu erkennen (Flüchtlingshelfer, libertäre Studenten), oder sie befördert den Zerfall bewusst aus unterschwelliger Lust am Untergang und rassistischem Selbsthass (AStA, Antifa).

4. Die demokratischen Institutionen versagen. Die aktuelle Regierung (Rektorat) leugnet das Problem und wiegelt ab. Ihre Motive dabei bewegen sich vermutlich im Bereich der unter 3. genannten von blind bis suizidal. Langfristig aber - und das ist der Blick in die Zukunft - unterwandern die Neubürger demokratische Strukturen und werden wie im Essener Studentenparlament zur stärksten Kraft. Sie zwingen auf ihrem demographischen Vormarsch, begleitet vom Marsch durch die Institutionen, unweigerlich der Zukunft ihren Willen auf. Sie stellen die Machtfrage, und folgen dabei ganz natürlich ihrem noch voll ausgeprägten Identitäts- und Gemeinschaftssinn. Unseren Kindern aus dem Volk der Dichter und Denker sind wir es schuldig, dieser Entwicklung ins Auge zu sehen, und die logischen, bitteren Konsequenzen zu ziehen. Die Bundestagswahl 2017 mag sich dabei als allerletzte Gelegenheit erweisen, Frieden und Demokratie in Deutschland zu retten.